

## **Bericht der Arbeitsgruppe Landeshaushalt NRW an den Landesparteitag 7/8.11.09 in Hamm**

### **I.**

Aktuelle Situation des NRW Landeshaushaltes:

Nach Vorlage der Finanzplanung 2009 – 2013 des Finanzministeriums NRW schätzt der Internationale Währungsfonds den Rückgang der Weltwirtschaft im Jahre 09 auf ca. 1,3%. In Deutschland schrumpfte die Wirtschaft und das damit verbundene Steueraufkommen im Vergleich zum Vorjahr um knapp 6%.

NRW folgt dem Bundestrend, denn hier wird ein Rückgang des Bruttoinlandsproduktes ebenfalls um 6,0 % vermeldet. Im Juni 09 waren in NRW 811 500 Menschen arbeitslos gemeldet, dies entspricht 9%, für 2009/2010 muss leider mit einer weiteren Verschlechterung gerechnet werden.

Mit den Ausgaben der Konjunkturpakete I und II muss ebenfalls mit einem höheren Defizit über die magische 3% Marke von Maastricht auf knapp. 6% gerechnet werden.

Das Haushaltsvolumen beträgt für das Jahr 2010 ca. 53,26 Mrd. € und sinkt damit gegenüber 2009 um 2 Mrd. €. Die Steuereinnahmen werden 2010 mit 37,2 Mrd. € angesetzt, 2009 waren es noch 38,7 Mrd. €.

Die Nettoneuverschuldung des Landeshaushaltes NRW 2009 beträgt ca. 5,6 Mrd. €, für das Jahr 2010 sind ca. 6,6 Mrd. € zu erwarten.

Der Bericht spricht ursächlich von Steuermindereinnahmen (konjunkturell und durch Steuerrechtsänderungen verursacht) und verbrämt damit die Steuersenkungen für Reiche und Konzerne, die zu riesigen Steuerausfällen für die öffentlichen Haushalte geführt haben. Diese Steuermindereinnahmen werden sich nach Einschätzung im mittelfristigen Finanzplan bis 2013 fortsetzen. Die Steuermindereinnahmen gegenüber der letzten mittelfristigen Finanzplanung belaufen sich für 2010, 2011, 2012 auf insgesamt 26,4 Mrd. €! Die Gesamtverschuldung des Landes NRW, die 2005 bei der Regierungsübernahme von CDU/FDP rund 106 Mrd. € betrug, steigt so auf rund 150 Mrd. € im Jahre 2013, die der Gemeinden inkl. Kassenkredite liegt bei 38,2 Mrd. €.

Die Zinsausgaben des Landes NRW erhöhen sich somit von 4,7 Mrd. € im Jahre 2009 auf ca. 5,9 Mrd. € im Jahre 2013.

Die CDU/FDP Landesregierung beschloss die weitere Einsparung von Personal. Eine der ersten Leidtragenden sind die Bürger, die eine weitere Verschlechterung der öffentlichen Infrastruktur zu ertragen haben. Seit 2005 -der Regierungsübernahme von CDU/FDP- sind per Saldo 2704 Stellen im öffentlichen Dienst weggefallen. Diese Politik soll auch erklärtermaßen fortgesetzt werden, vermerkt der Finanzbericht nicht ohne Stolz.

Auf Grund der Finanzkrise und der darauf folgenden Entscheidung der Bundesregierung zu einer kurzfristig hohen Ausgabenpolitik zwecks Ankurbelung der Wirtschaft

legte sie mehrere Konjunkturpakete auf, die dann auch u.a. an das Land NRW weitergereicht wurden.

Das Zukunftsinvestitionsgesetz des Konjunkturpakets II ermöglicht in den Jahren 2009 und 2010 zusätzliche Investitionen in Höhe von ca. 2,8 Mrd. €. Damit sollen u.a. Kindergärten und Schulen teilweise saniert werden, wobei weiterhin ein massiver zusätzlicher Bedarf bestehen bleibt.

Durch die Absenkung der Investitionspauschalen im Gemeindefinanzierungsgesetz sollen die Gemeinden ab 2012 zudem finanziell herangezogen werden. Sie erhalten dann weniger Geld. Dadurch werden die Finanzprobleme der Kommunen jedoch noch weiter verschärft.

Anstatt durch eine gerechte Steuerpolitik, die die Reichen belastet, für eine dauerhafte und sichere Einnahmeseite zu sorgen, wird hier Politik unsolide, kurzfristig und sprunghaft betrieben.

Die sog. Föderalismusreform II gestattet nur noch dem Bund eine Nettokreditaufnahme von 0,35% des Bruttoinlandprodukts zu, den Ländern ist es nicht mehr gestattet. Ausnahmen sind nur noch unter engen Voraussetzungen möglich. Diese Schuldenbremse ist kontraproduktiv, weil die ungerechte Steuerpolitik noch nicht einmal mehr durch eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme ausgeglichen werden kann. Die Finanzhoheit der Länder wird massiv eingeschränkt, und es gibt für diese nur noch die Möglichkeit bis 2019 von diesen Vorgaben abzuweichen.

Wie die Junge Welt am 6.10.09 auf Seite 16 berichtete, befürchtet das gewerkschaftseigene Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung, dass die Düsseldorfer Landesregierung bis 2020 ein Defizit zwischen 4-5 Milliarden € abbauen müsste, und das bei einem Gesamthaushalt von ca. 53 Mrd. €. Für die Ausgaben bedeutet dies, dass sie von 2011-2020 nominell nur noch um 1,4% wachsen dürften. Damit allerdings schrumpfe der Staatssektor deutlich. Dies wiederum könne zu einer weiteren Reduktion der nominellen Steigerung der Ausgaben auf 0,8% führen. Durch die Sparpolitik des Bundes und anderer Länder würde das Wachstum nämlich weiter gedämpft und das Steueraufkommen sinke – ein Teufelskreis.

## II.

Zur Sanierung der öffentlichen Haushalte bzw. des Landeshaushaltes kommt nur eine drastische Erhöhung der Einnahmeseite durch eine soziale Steuerreform auf Bundesebene in Frage, vgl. dazu unsere Vorschläge zum Zukunftsinvestitionsprogramms (ZIP).

Dazu unterstützen wir entsprechende Bundesratsinitiativen.

Dringend notwendig ist auch eine Reform des Länderfinanzausgleichs, der wesentlich stärker als bisher regional unterschiedliche Entwicklungen in den Bundesländern miteinbezieht, zudem auch die infrastrukturellen Gegebenheiten wie auch das Stadt-Land Gefälle stärker berücksichtigt. NRW weist im Gegensatz zu sehr gut bis gut entwickelten Regionen in östlichen Bundesländern mit der Emscher-Lippe-Region, die bei einer Bevölkerungszahl von rund 5 Millionen größer oder gleichzusetzen ist mit der Größe ganzer anderer Bundesländer, ein enormes finanzielles und strukturel-

les Defizit auf, das sich mit dem weiteren Rückgang des Kohlebergbaus noch verstärkt.

### III.

Weiterhin könnten auf Landesebene folgende Maßnahmen flankierend genutzt werden:

1. Durch Einstellung von 500 BetriebsprüferInnen und 500 zusätzliche SteuerprüferInnen in der allg. Finanzverwaltung zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und verstärkter Prüfung bei Großunternehmen und Reichen werden für NRW bis

**€ 500.000.000**

erwartet. Dieser Vorschlag ist bereits im ZIP enthalten, kann aber im Gegensatz zu zahlreichen Maßnahmen des ZIP vom Land NRW autonom umgesetzt werden. Auch wird die neue Landtagsfraktion dafür werben, dass diese Politik der verstärkten Prüfungsdichte bundesweit erfolgt.

Weiterhin befürworten wir eine zeitlich begrenzte Erhöhung der Nettokreditaufnahme um

**€ 1.500.000.000**

- eine Stellenerhöhung beim Landesrechnungshof zur Verbesserung des Controllings (ca. 20 Stellen) bringt indirekte und längerfristige Einnahmeverbesserung durch schärfere Kontrollen, ein konkreter Betrag wird hier nicht ausgewiesen.

- Einnahmeverbesserungen durch ökologische Ressourcenbesteuerung (Grundwasser, Immissionen, CO<sub>2</sub>) ein konkreter Betrag wird hier nicht ausgewiesen

- Einnahmeverbesserungen durch Gewinnbeteiligung bei staatlich unterstützten Unternehmen, ein konkreter Betrag wird hier nicht ausgewiesen

2. Umschichtungsmöglichkeiten im Landeshaushalt

Auf den Prüfstand gehören gehören Einzeltitel zu Öffentlichkeitsarbeiten, Repräsentationsaufgaben, Ausgaben für Sachverständige, Gutachten, Zuschüsse an Private, Medien, Unternehmen, sog. Institutionelle Einrichtungen, dem Straßenneubau, Flughafenausbau von Regionalflughäfen, bei den Landwirtschaftskammern. Insgesamt kommt die Arbeitsgruppe hier auf einen Betrag in Höhe von rund

**120.000.000 €**

Dieser Betrag ist konservativ bewertet.

Wie aus dem Zahlenwerk ersichtlich, sind die potentiellen Umschichtungsmöglichkeiten im Landeshaushalt selbst insgesamt eher bescheidener Art und bedürften zudem einer enormen politischen Kraftanstrengung.

Dies hat z.B. den Grund, dass etwa die Personalausgaben allein für das Haushaltsjahr 2010 20,8 Mrd. € betragen, die Zinsausgaben 4,6 Mrd. €. Die Personalausgaben z.B. wollen wir nicht kürzen. Damit wird aber deutlich, dass bereits große Beträge nicht umschichtbar sind.

Aus diesem Grunde sind drastische Einnahmeverbesserungen dringend notwendig, um die von uns politisch gewollten sozialen und ökologischen Reformen zu finanzieren.

### **Fazit:**

Insgesamt kommt die Arbeitsgruppe Landeshaushalt zu dem Ergebnis, dass durch landeseigene Maßnahmen ein Betrag in Höhe von ca. 2,1 Mrd. € für soziale und ökologische Zwecke alternativ verausgabt werden kann. Diese Summe sollte aufgebracht werden, um soziale und ökologische Ziele zu finanzieren.

Erste weitere Empfehlungen:

- Die neue Landtagsfraktion sollte sich nach ihrer Konstituierung zunächst um einen vollständigen und transparenten Kassensturz bemühen. Zudem ist insbesondere bei der WestLB vollständige Aufklärung und Transparenz zu verlangen.
- Die Beteiligungsrechte der BürgerInnen in NRW -Stichwort Beteiligungshaushalt- sind zu stärken. Eine breite öffentliche Debatte ist zu initiieren.
- Die sog. Schuldenbremse, die eine Haushaltskonsolidierung auf Kosten der Menschen erzwingen soll, ist durch die neue Landtagsfraktion politisch anzugreifen.

Für die Arbeitsgruppe Landeshaushalt, Düsseldorf, im November 2009

Michael Aggelidis, Bonn

Rüdiger Sagel, Münster

Sacha Pullem, Leverkusen

Gunhild Böth, Wuppertal

Mario Bocks, Mönchengladbach

Harald Farle, Neuss

Edith Fröse, Duisburg

Elisabeth August, Wuppertal

Christian Sieger, Oberhausen

Willi Dedecke, Rhein-Erft

Wolfgang Zimmermann, Düsseldorf